

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
Federführender Fachbereich
Zentraler Dienst, Organisationservice, Fachbereichscontrolling

Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0511/2011
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Haupt- und Finanzausschuss	22.03.2012	Beratung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	29.03.2012	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Haushalt 2012/2013 - Haushaltsziele und Budgets des Fachbereiches 1, der Stabsstelle Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit BM-130 und der Steuerungsunterstützung VV II-1

Beschlussvorschlag:

Die in die Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fallenden Teilhaushalte werden beschlossen.

Sachdarstellung / Begründung:

Der Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2012/2013 wurde am 14. Februar 2012 in den Rat eingebracht. Dieser überwies die Einzele-tats zur Beratung an die Fachausschüsse.

In den Fällen, in denen sich in der Zwischenzeit Änderungen in den Produktgruppen ergeben haben, sind die Änderungslisten in der Anlage Grundlage der Beratung.

Aufgrund der Zuständigkeiten des Haupt- und Finanzausschusses sind die **Haushaltsziele und Budgets folgender Bereiche und deren Produktgruppen zu beraten:**

- Stabsstelle Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit BM-130
- Stabsstelle Steuerungsunterstützung VV II-1
- Fachbereich 1 - Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung

Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit (BM-130)

Produktgruppe 001.130 Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit
Fundstelle: Haushaltsplanentwurf S. 131 ff.

1 Konsumtiver Bereich

1.1 Allgemeine Erläuterungen

In der Produktgruppe Stadtmarketing/Öffentlichkeitsarbeit werden Querschnittsaufgaben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Information der Bürgerschaft wahrgenommen.

1.1.1 Zu den regulären Haushaltszielen und zielbezogenen Kennzahlen

Die Produktgruppe stellt umfassende Informationen für die Medien bereit, leistet aktive Pressearbeit und informiert Bürgerinnen und Bürger über die Beschlüsse des Rates und die Serviceleistungen der Stadt. Ebenso gehören dazu die Vermittlung von Information innerhalb der Verwaltung und die Weiterentwicklung der öffentlichen Außen-darstellung (Corporate Identity). Außerdem bündelt die Produktgruppe Marketingakti-vitäten der Stadt und kommuniziert Standortvorteile von Bergisch Gladbach im kom-munalen Wettbewerb, leistet Image- und Profilschärfung der Stadt und erarbeitet kon-zeptionell und fachübergreifend Stadtmarketingaktivitäten unter Einbindung verschie-dener lokaler Akteure.

Kennzahlen:

- Bürgerinformation zur Regionale 2010 mit Presseinformationen, Presseterminen, Internetaktualisierungen sowie Projekttag (Besonders genderrelevant: Geschlechterspezifische Themen werden aufgegriffen, geschlechtergerechte Sprache umgesetzt)
- Profilierung als kinder- und jugendfreundliche Stadt, u. a. Herausgabe eines Kinder- und Jugendwegweisers (Besonders genderrelevant: Geschlechterspezi-fische Themen werden aufgegriffen, geschlechtergerechte Sprache umgesetzt)
- Profilierung als Kultur- und Freizeitstandort und Förderung stadtteilübergrei-fender Aktionen, Mitwirkung bei Stadtfesten, Kulturevents, Sonderaktionen

1.1.2 Zu den Finanzdaten

Wesentliche Aufwendungen sind:

Öffentliche Bekanntmachungen	35.000 €
Stadtgrafiker	18.750 €
Werbung / Stadtmarketing	8.000 €

2 Investiver Bereich

nicht erforderlich

Stadtverkehrsgesellschaft

Produktgruppe 012.660 ÖPNV

Fundstelle: Haushaltsplanentwurf S. 395 ff.

1 Konsumtiver Bereich

1.1 Allgemeine Erläuterungen

In dieser Produktgruppe sind die Haushaltsziele für den Bereich ÖPNV dargestellt. Die Mittel finden sich hingegen im Wirtschaftsplan der Stadtverkehrsgesellschaft. Der Zuschuss bzw. der Verlustausgleich an die Stadtverkehrsgesellschaft beläuft sich für 2012 auf 165.000,- € (siehe Zuschuss an die Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach (SVB) im Produkt 001.200 Finanzmanagement und Rechnungswesen / Transferaufwendungen).

1.1.1 Zu den regulären Haushaltszielen und zielbezogenen Kennzahlen

Haushaltsziel ist die Integration der Verkehrssysteme des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Stadt; die stadt- und umweltverträgliche Abwicklung des notwendigen Verkehrs sowie die Vorbereitung konkreter Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und Verkehrssicherheit. Das konkrete Haushaltsziel gibt die Grundlage, die Verkehrsströme des ÖPNV zu lenken und zu steuern, gleichzeitig eine stadtweite Abdeckung des Linienverkehrs – d. h. fußläufig zumutbare Wege zur nächsten Haltestelle – und geringe Wartezeiten zu erhalten. Nur dadurch wird eine gute und bessere Nutzung des ÖPNV gewährleistet (Busse und Bahnen die nicht erreichbar sind oder auf die lange gewartet werden muss, werden nicht angenommen).

Die betroffenen Handlungsfelder 2, 3, 7, 8 und 9 werden alle insoweit betroffen, als dass sich alle Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV-Angebotes auf alle diese Bereiche auswirken.

Die strategischen Ziele (mit Bezug zum Haushaltsziel) entwickeln sich zwangsläufig aus den Vorgaben. Die Verbesserung - oder bei Kürzung der finanziellen Mittel - der Erhalt des derzeitigen Angebotes ist zwingend.

Die Konkretisierung der Haushaltsziele stellt die Umsetzung der Vorgabe sicher:

a) ÖPNV-Angebot auf Ganztagschule einstellen (besonders genderrelevant)

Die Einführung der Ganztagschule und die Ausweitung dieses Angebotes auf möglichst viele Schulen im Stadtgebiet bedeutet, dass der Schülerverkehr, der einen wesentlichen Faktor der Finanzierung im ÖPNV darstellt, entzerrt wird. Der Schülerver-

kehr (bisher mittags) findet nicht mehr ausschließlich in den Spitzenzeiten mittags statt, sondern verschiebt sich auf nachmittags und kollidiert womöglich mit dem Berufsverkehr. Hier ist rechtzeitige Planung und Organisation gefordert, um sowohl den neuen Anforderungen als auch dem bisherigen Angebot (Takt) gerecht zu werden. Hieran wird gemeinsam mit den linienführenden Verkehrsunternehmen gearbeitet.

b) Einführung dynamischer Fahrgastinformationssysteme

Die Einführung der dynamischen Fahrgastinformation dient der frühzeitigen Information der ÖPNV-Nutzer. Auf Veränderungen im aktuellen Fahrbetrieb kann kurzfristig reagiert und informiert werden, dies erhöht die allgemeine Akzeptanz des ÖPNV.

c) „Barrierefreier ÖPNV“ messbare Ziele (besonders genderrelevant)

Die Förderung der barrierefreien Nutzung des ÖPNV ist erklärtes Ziel der SVB. Durch Umsetzung entsprechender Maßnahmen aber auch durch Verhandlungen mit den anbietenden Verkehrsunternehmen soll umfassende Barrierefreiheit im ÖPNV erreicht werden: Neben der Nutznießung durch Behinderte kann hier gleichzeitig auf den demographischen Wandel (Überalterung der Gesellschaft) eingegangen werden, denn eine ältere Gesellschaft hat andere Bedürfnisse, die sich mitunter aber mit den Anforderungen der Barrierefreiheit decken.

Bei den zielbezogenen Kennzahlen wird klargestellt, durch welche Maßnahmen welche Ziele, wann erreicht werden.

zu a) Kurze Wartezeiten innerhalb des Stadtgebietes sind ein wesentlicher Beitrag zur Akzeptanz des ÖPNV; erstrangig wird die SVB zunächst die Verbindungen innerhalb des Stadtgebietes sicherstellen – hier an erster Stelle die Verbindungen der Stadtteile (Refrath, Bensberg, Gladbach), folgend der weiteren Ortsteile Paffrath, Schildgen, Moitzfeld, Herkenrath, Sand etc. und letztlich der Stadtrandgebiete und Wohnplätze. Sofern die Ziele nicht durch reguläre Linien erreicht werden können, werden bedarfsgerechte Verkehrssysteme geprüft (Anrufsammeltaxi oder Bürgerbus). Nachrangig nimmt die SVB auch Einfluss auf die Terminierung der Linien für Ziele außerhalb des Stadtgebietes. Das komplizierte System der regionalen und überregionalen Buslinien im Verbund sichert bisher den 10-Minutentakt. Im Haushaltsjahr 2012 sollte die Zielvorgabe zu 99 % erfüllt werden; dies ist auch nach Neuordnung der Verkehre durch den Rheinisch-Bergischen Kreis sichergestellt.

zu b) Dynamische Fahrgastinformationssysteme befinden sich zurzeit (Oktober 2011) in der Beschaffung durch den Rheinisch-Bergischen Kreis. Diese werden an den beiden Busbahnhöfen sowie an den Haltestellen Markt (stadtauswärts) und Refrath Stadtbahn (stadteinwärts und am Wickenpfädchen) installiert werden. Eine Fertigstellung wurde durch den Kreis für Ende 2011 angekündigt.

zu c) Mit den beiden Verkehrsunternehmen Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) und Kraftverkehr Wupper-Sieg AG (Wupsi), aber auch übergreifend mit dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg sind Zielvereinbarungen zu verhandeln, die eine Verbesserung der Barrierefreiheit sicherstellen. Die Hauptzuständigkeit liegt beim Träger des ÖPNV, dem Rheinisch-Bergischen Kreis, und dessen Beirat für die Belange der Menschen mit Behinderungen. Eine Zuständigkeit der Stadt und der SVB ist lediglich für den Bau und Betrieb der Bushaltestellen gegeben. Hier erfolgt eine enge Abstimmung mit dem städtischen Beirat für die Belange der Menschen mit Behinderungen.

1.1.2 Zu den Finanzdaten

nicht erforderlich

2 Investiver Bereich

nicht erforderlich

Fachbereich 1 – Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung

Hauptausschuss als Personalausschuss

Die Summe der Personalaufwendungen des städtischen Haushaltes (Kernhaushalt) 2012/2013 ist im Gesamtergebnisplan dargestellt. Die Personalaufwendungen verteilen sich auf die Produktgruppen und sind im Haushaltsplan dort entsprechend ausgewiesen

Erläuterungen zu Personal- und Versorgungsaufwendungen außerhalb des Personalkostendeckels

Eine Änderung gegenüber dem Vorjahr liegt in den erstmalig im Haushaltsplan veranschlagten Rückstellungen für Urlaub und Überstunden. In den vergangenen Jahren erfolgte die Mittelbereitstellung außerplanmäßig – wie dem Ausschuss und dem Rat mitgeteilt. Die Zuführung zu den Rückstellungen für Urlaub und Überstunden erhöhen den Aufwand um rd. 2,2 Mio €. Gleichzeitig stehen diesem Mehraufwand aber die Erträge aus der Herabsetzung/Auflösung von Rückstellungen für Urlaub und Überstunden in Höhe von rd. 1,9 Mio € gegenüber.

Die Personalaufwendungen für den Stadtentwicklungsbetrieb AöR wurden erstmals in 2012 im Kernhaushalt geplant (vorher Haushalt 102 Immobilienbetrieb). Mit der Übernahme in den Kernhaushalt wurde auch gleichzeitig die Kostenerstattung als Ertrag in Höhe von rund 475.600 € im Haushalt abgebildet.

Eine Erhöhung von rund 270.000 € wurde bei der Beihilfe für aktive Beschäftigte angesetzt. Aufgrund schwerer Krankheitsfälle im vergangenen Jahr und zu erwartenden Steigerungen wegen der neuen Gebührenordnung für Zahnärzte ist hier mit einer Steigerung zu rechnen.

Nicht beeinflussbar sind die Versorgungsaufwendungen für Beamte, die von der Rheinischen Versorgungskasse (RVK) ermittelt werden, und die Beihilfen für Versorgungsempfänger. Der Ansatz für die Versorgungsaufwendungen wurde um rund 380.000 € im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Die Empfehlung der RVK, eine Steigerung von 3,5 % für die Folgejahre hochzurechnen, wurde übernommen.

Die Beihilfen für Versorgungsempfänger wurden um 460.000 € angehoben.

Umsetzung des Personalkostendeckels 2010

Am 25.03.2010 beschloss der Rat den so genannten Personalkostendeckel. Die Kosten für den Personalhaushalt der Stadt Bergisch Gladbach sollten auf dem Niveau des Jahres 2010 bis zum Jahr 2013 stabil gehalten werden. Dabei lag der Fokus auf den Personalaufwendungen insgesamt und nicht auf den Personalaufwendungen einzelner Produktgruppen.

Dieser Beschluss wurde als Anregung und Zielvorgabe durch den Bürgermeister aufgegriffen. In der Verwaltung wurde zunächst festgelegt, dass sich die Deckelung der Personalkosten auf die planbaren/beeinflussbaren Kosten bezieht. Dies sind

- 5011000 Bezüge der Beamten
- 5012000 Vergütung tarifliche Arbeitnehmer (AN)
- 5022000 Zusatzversorgungskasse tarifliche AN
- 5032000 Sozialversicherung Arbeitgeber-Anteil tarifl. AN
- 5019000 Aufwendungen für sonstige AN (z. B. Bundesfreiwilligendienst)
- 5412000 Aus- und Fortbildung
- 5413000 Reisekosten
- 5417000 Personalnebenaufwendungen (PNA)
- 5430009 Geschäftsaufwendungen/Stellenausschreibungen

Wichtig ist dabei auch, nicht nur die **Aufwendungen**, sondern auch die **Erträge** im Blick zu haben, die als Erstattungen gegenzurechnen sind (z. B. Erstattungen des Bundes für das Jobcenter).

- 4425930 Erstattung Personalnebenaufwendungen
- 4425910 Erstattung Personalkosten
- 4425007 Erstattungen Stadtentwicklungsbetrieb AöR
- 4419002 Jobticket (private Entgelte der Beschäftigten)
- 4420001 Erstattungen vom Bund für Jobcenter
- 4420020 Bundesamtes für Zivildienst / Bundesfreiwilligendienst
- 4424001 Erstattungen Personalkosten von Verschiedenen z.B. für Abordnungen, Mutterschutz, Erst. vom Arbeitsamt (vor 2012 unter Konto 4424000)
- 4425004 Serviceerstattungen Bäder GmbH
- 4425005 Erstattungen GL Service gGmbH
- 4425006 Serviceerstattungen Stadtverkehrs GmbH
- 4428002 Altenberger-Dom-Verein

Nicht unter den Deckelungsbeschluss fallen Beihilfen für die Beamten, da sie nicht beeinflussbar und steuerbar sind. Das gleiche gilt für Rückstellungen für Pensionen, denn die Grundlagen für den Versorgungsaufwand werden von der Rheinischen Versorgungskasse ermittelt.

Auch andere Rückstellungen (z. B. Überstunden) liegen außerhalb des Deckelbeschlusses, da sie im jeweils folgenden Jahr durch Entnahmen aus den Rückstellungen wieder ausgeglichen werden. Im Fall der Überstunden wurden sie zudem 2012/2013 erstmalig aufgeführt.

In der Umsetzung und Darstellung dieses sog. Deckelbeschlusses wurde bis zum Haushalt 2011 verwaltungsseitig festgelegt, dass die Ansätze der Personalaufwendungen in den einzelnen Produktgruppen unverändert fortgeschrieben werden und nicht die tatsächlichen Personalveränderungen abgebildet werden. Die Zahlen für den Haushalt 2011 unterschieden sich daher nicht von den Ansätzen 2010. In der u. a. Tabelle wurden sie daher nicht gesondert in die Betrachtung einbezogen.

Diese Vorgehensweise wurde jedoch nicht in den korridorrelevanten Produkten angewendet,

denn dafür mussten die Zahlen mit 10%iger Abschmelzung per Hochrechnung ermittelt werden.

In den übrigen Produktgruppen führte dies dazu, dass die Entwicklung der jeweiligen Ist-Personalkosten nur in den Controllingberichten nachvollzogen werden konnte und die Prognose des Jahresergebnisses lt. Controllingbericht in einzelnen Produktgruppen zum Teil erheblich vom Planansatz des Haushaltes abweicht.

Um die Personalkosten transparenter und nachvollziehbarer im Haushaltsentwurf darzustellen, wurden für den Doppelhaushalt 2012/2013 neue Hochrechnungen auf Basis des tatsächlich eingesetzten Personals zugrunde gelegt. Die Personalkostenplanung orientiert sich also am tatsächlichen Personalbestand und nicht an den „eingefrorenen“ Zahlen des Haushaltes 2010.

Bei einem Vergleich der Jahre mussten einige Beträge korrigiert werden, denn die Entnahmen für Altersteilzeit wurden im Haushaltsjahr 2010 noch als Gutschriften in den jeweiligen Produkten verrechnet. Ab dem Jahr 2011 sind sie nach dem Bruttoprinzip auf Aufwands- und Ertragskonten geplant. Für den Vergleich wurden die Beträge in 2010 um diese Gutschriften korrigiert.

Das neu eingerichtete Konto 4425007 Erstattung AöR wurde mit aufgeführt, weil die Personalaufwendungen für den Stadtentwicklungsbetrieb AöR über den Haushalt 100 abgewickelt werden (vorher Haushalt 102 Immobilienbetrieb), d.h. die Aufwendungen erhöhten sich um den erstatteten Betrag.

Entwicklung der Konten des Personalkostendeckels

Haushalt 100

Konto	Bezeichnung	HH 2010	HH 2012/ 2013		Bemerkung
			HH 2012	HH 2013	
Erträge					
4425930	Erstattung Personalnebenaufwendungen		64.600	65.248	bis 2010 als Gutschrift in 5417000
4425910	Erstattung Personalkosten		433.892	438.231	bis 2010 als Gutschrift in 5011000, 5012000, 5022000 u. 5032000
4425007	Erstattung AöR		475.600	479.700	Bildung des SEB AöR
4419002	Jobticket	140.000	146.000	146.000	Entgelte der Beschäftigten
4420001	Erstattungen vom Bund für Jobcenter	888.000	1.041.000	987.000	
4420020	Bundesamtes für Zivildienst/ Bundesfreiwilligendienst	18.500	3.500		
4424000	Erstattung Servicekosten + Personalkosten von Verschiedenen	175.500			ab 2012 unter 4424001
4424001	Personalkostenerstatt. von Verschiedenen		266.672	269.338	z.B. Erstatt. vom Arbeitsamt, von Krankenkassen u. für abgeordnete Mitarbeiter/innen
4425004	Serviceerstatt. Bäder GmbH	12.000	12.750	12.750	
4425005	Erstatt. GL Service gGmbH	10.000	23.000	23.000	
4425006	Serviceerstatt. Stadtverkehrs-GmbH	150	150	150	
4428002	Altenberger-Dom-Verein	27.000	27.500	27.775	
	Summe Erträge	1.271.150	2.494.664	2.449.192	
Aufwand					
5011000	Bezüge der Beamten	12.156.341	12.872.036	13.246.229	Ansatz 2010 korrigiert um Gutschriften (s. 4425910)
5012000	Vergütung tarifliche AN	22.143.886	21.961.390	22.106.702	Ansatz 2010 korrigiert um Gutschriften (s. 4425910)
5022000	ZVK tarifliche AN	1.652.620	1.877.335	1.883.482	Ansatz 2010 korrigiert um Gutschriften (s. 4425910)
5032000	SV AG-Ant. tarifl. AN	4.270.747	4.283.435	4.292.426	Ansatz 2010 korrigiert um Gutschriften (s. 4425910)
5019000	Aufwend. f. sonstige AN	60.600	59.193	59.785	Aufwand für Zivis/ Bundesfreiwilligendienst, Wahlen u. ä.
5412000	Aus- und Fortbildung	286.368	290.368	290.368	
5413000	Reisekosten	197.659	197.659	199.636	
5417000	Personalnebenaufwendungen (PNA)	356.750	491.516	496.431	Ansatz 2010 korrigiert um Gutschriften (s. 4425930)
5430009	Stellen-Ausschreibungen	30.000	10.000	10.000	
	Summe Aufwand	41.154.971	42.042.932	42.585.059	
Saldo		39.883.821	39.548.268	40.135.867	

Im Saldo wird der Personalkostendeckel des Jahres 2010 in der Planung des Jahres 2012 gehalten. Im Jahr 2013 liegt er knapp darüber, allerdings sind die Zahlen für 2013 in Teilen nur

linear fortgeschrieben, da über diesen Zeitraum kaum verlässliche Aussagen z.B. über personelle Veränderungen möglich sind.

Die Einhaltung der Deckelungsvorgabe war nur durch einen sehr restriktiven personalwirtschaftlichen Kurs der Verwaltung möglich.

Wesentliche Positionen, die zwar zu Personalkostensteigerungen führten, konnten durch entsprechende Einsparungen aufgefangen werden.

Zum einen wurden Erhöhungen der Vergütungen bzw. Besoldungen per Tarifvertrag oder Gesetz bei den Beschäftigten und Beamten vollumfänglich aufgefangen.

Auch sind im Haushaltsentwurf 2012 die Summen für Beförderungen und eine leistungsorientierte Bezahlung für die Beamten enthalten. Dies war nur möglich, weil entsprechend der Vorgaben im Leitfaden des Innenministeriums zu „Maßnahmen und Verfahren zur Haushalts-sicherung“ vom 06.09.2009 durch wesentliche Einsparungen im Personalbereich ein sog. Budget für Personalaufwendungen erwirtschaftet werden konnte. Im Rahmen dieses Budgets ist es möglich, auch unter den Bedingungen des Nothaushaltsrechts, in beschränktem Umfang Beförderungen von Beamtinnen und Beamten und wie im Tarifbereich eine leistungsorientierte Bezahlung vorzunehmen. Die deutliche Reduzierung der maßgeblichen Personalaufwendungen wurde im Vergleich der Haushaltsjahre 2010 und 2011 inzwischen von der Kommunalaufsicht ausdrücklich bestätigt.

Zum anderen war aufgrund verschiedener gesetzlicher Änderungen die Neueinrichtung von Stellen in unterschiedlichen Bereichen der Verwaltung erforderlich. So wurde schon in der Haushaltsvorlage des FB 1 zum Haushalt 2011 darauf hingewiesen, dass die neuen Stellen im Stellenplan 2011 (Bezirkssozialarbeit und Grünflächen/Friedhöfe) einen Mehraufwand bedeuten und den Deckel um geplante 133.500 € anheben werden. Ebenso sieht die Stellenplanvorlage zum Stellenplan 2012/2013 vor, dass für einen Teil der geplanten 16 neuen Stellen (Rettungsdienst und Krankentransport, Bundeskinderschutzgesetz sowie Jugendgerichtshilfe) 353.864,- € Mehraufwand eingeplant wurde, weil externe Einstellungen notwendig sind.

Die wesentlichen Steigerungen in den Personalkosten können demnach wie folgt dargestellt werden:

Tarifliche Steigerungen in 2011/2012 inkl. LOB f. Beschäftigte	ca. 713.090,- €
Besoldungserhöhungen in 2011/2012	ca. 486.369,- €
Neue Stellen nach Stellenplan 2011	ca. 133.500,- €
Neue Stellen nach Stellenplan 2012	ca. 353.864,- €
Beförderungen 2012	ca. 156.773,- €
LOB für Beamte 2012	<u>ca. 187.602,- €</u>
Summe	ca. 2.031.198,- €

Dass trotz dieser gestiegenen Aufwendungen der Personalkostendeckel noch gehalten wird, liegt im Wesentlichen an

- der konsequenten Einhaltung der einjährigen und zum Teil auch längeren Wiederbesetzungssperre, von der nur bei pflichtigen Aufgaben Ausnahmen zugelassen wurden
- der konsequenten Streichung von Stellen bzw. der Anbringung und Realisierung von kw-Vermerken bei gleichzeitigem Standardabbau in den Fachbereichen
- dem Nutzen von Fluktuation durch Abgänge wegen Rente/Pensionierung
- dem unvorhersehbarem Ausscheiden z. B. durch Versetzung oder Kündigung

- das Auslaufen von Altersteilzeit-Verträgen
- dem Auslaufen von befristeten Verträgen

Auch bei einem genehmigten Haushaltssicherungskonzept wird die Verwaltung diese restriktive Personalbewirtschaftung fortführen und z. B. grundsätzlich an der einjährigen Wiederbesetzungssperre festhalten.

Hauptausschuss für die Produktgruppen des FB 1

Produktgruppe 001.001 Politische Gremien und Verwaltungsführung

Fundstelle: Haushaltsplanentwurf S. 83 ff.

Haushaltssicherungskonzept S. 66 ff.

1 Konsumtiver Bereich

1.1 Allgemeine Erläuterungen

Diese Produktgruppe umfasst das Produkt 001.001.010 und beinhaltet eine Zusammenfassung für Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Rat und seinen Ausschüssen, mit dem Verwaltungsvorstand inklusive der ihn unmittelbar unterstützenden Einheiten, wie dem Büro des Bürgermeisters, der Zentralen Stelle für Anregungen und Beschwerden, dem Zentralen Controlling, den Angelegenheiten der Gemeindeverfassung sowie Gremien.

1.1.1 Zu den regulären Haushaltszielen und zielbezogenen Kennzahlen

a) Vervollständigen (flächendeckend), messbar machen und weitere Qualifizierung der Haushaltsziele für den Haushaltsentwurf 2014

In mehreren Workshops wurden in Bergisch Gladbach 13 politische Handlungsfelder und 66 dazugehörige strategische Ziele erarbeitet. Diese Strategie wurde in einer Sondersitzung des Stadtrates am 08.03.2007 beschlossen. Umgesetzt wird die Strategie nach und nach durch die Implementierung von Haushaltszielen. Der Haushalt wurde damit von einem reinen Finanzsteuerungsinstrument zum wichtigsten umfassenden politischen Steuerungsinstrument für Politik und Verwaltungsführung.

Die Haushaltsziele des Haushaltsjahres 2011, welche durch die Verknüpfung mit Kennzahlen messbar gemacht sind, wurden für das Haushaltsjahr 2012/13 fortentwickelt. Außerdem sind wie auch schon in 2011 noch so genannte HSK-Ziele formuliert worden, welche durch inhaltliche und betragliche Kennzahlen messbar gemacht worden sind. Die unterjährigen Controllingberichte dienen somit auch der Berichterstattung hinsichtlich der HSK-Ziele.

Dieses Procedere stellt eine weitere Etappe auf dem Weg zur Einführung des neuen Steuerungsinstrumentariums dar. Auf der aktuellen Basis des Jahres 2012/13 werden, unter Zugrundelegung der haushaltsrechtlichen Situation, die Haushaltsziele und Kennzahlen des Jahres 2014 fortzuentwickeln sein.

Kennzahl:

Um die Fortentwicklung der Haushaltsziele und Kennzahlen 2014 sicher zu stellen, welche Teil des Haushalts 2014 sein werden, wurde als Zeitpunkt für die Verabschiedung des Haushalts 2014 spätestens der 31.12.2013 festgelegt.

Bezug strategisches Ziel:

Das Haushaltsziel a) korrespondiert mit den strategischen Zielen 1.1, 1.2, 4.1, 4.2 und

4.3. Dabei ist besonders das strategische Ziel 1.2 hervorzuheben, welches festlegt, dass alle Ausgaben auf der Grundlage einer klaren und umfassenden Zieldefinition städtischer Aktivitäten beschlossen werden. Gerade dies soll durch die Festlegung von Haushaltszielen sichergestellt werden.

b) Umsetzung des vom Rat am 13.12.2011 beschlossenen Beteiligungscontrollingkonzepts bei jährlich 2 Gesellschaften

Das vom Rat am 13.12.2011 beschlossene Beteiligungscontrollingkonzept stellt juristisch betrachtet „lediglich“ eine Absichterklärung des Rates dar, die bei den einzelnen Gesellschaften nach und nach umzusetzen ist.

Kennzahl:

Es ist geplant, dass in den Jahren 2012 – 2014 die Umsetzung des Beteiligungscontrollingkonzepts jährlich bei 2 Gesellschaften bzw. der SEB AöR erfolgt.

Bezug strategisches Ziel:

Das Haushaltsziel b) korrespondiert mit dem strategischen Ziel 4.4., welches besagt, dass wir über ein flächendeckendes Controlling und Berichtswesen verfügen welches die Politik handlungsfähig macht. Die Regelungen des Beteiligungscontrollingkonzepts führen, wie z.B. die Einführung von weisungspflichtigen Geschäftsvorfällen, zu einer verstärkten Einbindung und Information der Politik.

c) Es wird sowohl für den Berichtszeitpunkt 31.05., als auch für den 31.08. ein Controllingbericht vorgelegt

Der Controllingbericht, welcher den Kernhaushalt und die Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen behandelt, wird unterjährig zum 31.05. und 31.08. eines Jahres erstellt und umfasst jeweils Band I und Band II.

In Band II stellt er den Planansätzen unterjährig folgende Prognose zum Jahresende gegenüber:

- Prognose der Erträge und Aufwendungen der Teilergebnispläne auf Produktgruppenebene nebst Erläuterungen.
- Prognose der Ein- und Auszahlungen der Teilfinanzpläne bezüglich der Investitionstätigkeit auf Produktgruppenebene nebst Erläuterungen.
- Prognose der Auszahlungen für die einzeln ausgewiesenen Investitionsmaßnahmen auf Produktgruppenebene nebst Erläuterungen.
- Prognose der zielbezogenen Kennzahlen nebst Erläuterungen auf Produktgruppenebene. (inkl. HSK-Ziel-Kennzahlen)

Außerdem erläutert er die Umsetzung der als besonders genderrelevant gekennzeichneten Haushaltsziele auf Produktgruppenebene.

Band I des Controllingberichts fasst die Ergebnisse von Band II zusammen, erläutert wichtige Abweichung von Plan zu Prognose und gibt Gesamtergebnisprognosen ab.

Sinn und Zweck der beiden unterjährigen Controllingberichte ist es dem Verwaltungsvorstand und der Politik die Möglichkeit zu geben, auf Grund der unterjährig erhobenen Prognosen und Erläuterungen, Fehlentwicklungen entgegen zu wirken, d.h. zu steuern. Die unterjährigen Controllingberichte dienen außerdem der Berichterstattung hinsichtlich der HSK-Ziele.

Kennzahl:

Die Kennzahl „2“ weist die Anzahl der unterjährig zu erstellenden Controllingberichte

aus.

Bezug strategisches Ziel:

Das Haushaltsziel a) korrespondiert mit dem strategischen Ziel 1.1.

Durch die unterjährige Berichterstattung kann auf Basis fundierter Daten unterjährige gegengesteuert werden. Dies fördert das Ziel den Haushaltsausgleich zu erreichen.

d) Es wird über die Zielerreichung zum Jahresende berichtet

Der Bericht über die Zielerreichung zum Jahresende weist aus, ob die Haushalts- und HSK-Ziele des Jahres erreicht worden sind. Dabei werden den Planansätzen der zielbezogenen Kennzahlen Jahresistwerte gegenübergestellt. Abweichungen von Plan und Ist werden von den Fachbereichen erläutert.

Der Jahresendbericht dient der Berichterstattung hinsichtlich der HSK-Ziele und ist Teil des kommunalen Jahresabschlusses (§ 40(2) und § 48 GemHVO).

Der Bericht trägt außerdem dem Umstand Rechnung, dass gemäß § 12 GemHVO NRW die Ziele und Kennzahlen zur Grundlage der Gestaltung der Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des jährlichen Haushalts gemacht werden sollen.

Kennzahl:

Die Kennzahl „1“ betrifft den Bericht über die Zielerreichung zum Jahresende.

Bezug strategisches Ziel:

Das Haushaltsziel d) korrespondiert mit den strategischen Zielen 1.1, 1.2, 4.1, 4.2 und 4.3. Dabei ist besonders das strategische Ziel 1.2 hervorzuheben, welches festlegt, dass alle Ausgaben auf der Grundlage einer klaren und umfassenden Zieldefinition städtischer Aktivitäten beschlossen werden. Gerade dies soll durch die Festlegung von Haushaltszielen sichergestellt werden.

e) Jährliche wirkungsorientierte Berichterstattung der Zentralen Stelle für Anregungen und Beschwerden an den Verwaltungsvorstand, die Fachbereichsleiter/in und die Politik

sowie

f) Steigerung der fristgerecht abgearbeiteten Anregungen und Beschwerden in der Zentralen Stelle für Anregungen und Beschwerden

Inhaltliche Angaben sind nicht erforderlich, da die Ziele aus dem Vorjahr fortgeschrieben wurden, insbesondere der Jahresbericht als „Ziel“ auch in den Folgejahren jeweils zum 31.03. fertig gestellt werden soll. Hinsichtlich der fristgerecht abgearbeiteten Beschwerden wurden die Zielmarken neu festgesetzt.

Zu den HSK-Haushaltszielen und Kennzahlen

VV-10.200.11 Gewinnausschüttung Rheinisch Bergische Siedlungsgesellschaft (RBS)

In 2019 läuft die steuerliche Übergangsregelung aus, so dass es ab 2020 denkbar ist, dass um 90 T€ höhere Ausschüttungen geleistet werden können.

Kennzahl:

Die Kennzahl „1 €“ stellt einen Erinnerungswert dar, da eine Umsetzung erst ab 2020

denkbar ist. Das Datum 31.12.2019 gibt den Zeitpunkt an bis zu dem geprüft sein muss, ob höhere Ausschüttungen möglich sind.

Bezug strategisches Ziel:

Das o.g. HSK-Ziel korrespondiert mit dem strategischen Ziel 1.1. Es fördert das Ziel den Haushaltsausgleich zu erreichen.

VV-10.200.12 Synergieeffekte bei den Beteiligungen (insbes. Bäder GmbH)

Die Umstrukturierung, Zusammenfassung und Erweiterung der Tätigkeiten von Gesellschaften gepaart mit Personaleinsparungen auf Gesellschaftsebene könnten ab 2017 zu einer Entlastung des städtischen Haushalts von 50.000 T€ führen.

Kennzahl:

Die Kennzahl „1 €“ stellt einen Erinnerungswert dar, da eine Umsetzung erst ab 2017 denkbar ist. Das Datum 31.12.2016 gibt den Zeitpunkt an bis zu dem geprüft sein muss, ob entsprechende Umstrukturierungen möglich sind.

Bezug strategisches Ziel:

Das o.g. HSK-Ziel korrespondiert mit dem strategischen Ziel 1.1. Es fördert das Ziel den Haushaltsausgleich zu erreichen.

1.1.2 Zu den Finanzdaten

In Zeile 7 Sonstige ordentliche Erträge werden seit 2011 die Entnahmen aus Rückstellungen für Altersteilzeit nach dem Bruttoprinzip eingeplant. In 2012 steigen sie im Vergleich zum Vorjahr um rd. 28.000 €.

In Zeile 16 unter „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ (insgesamt 691.893 €) sind unter anderem folgende wesentliche Positionen enthalten:

- Aufwendungen für Rat und Ausschüsse / Fraktionszuwendungen 627.000 €
- Mitgliedsbeiträge 51.965 €

Die Steigerungen gegenüber 2011 beruhen im Wesentlichen auf einer prozentualen Anpassung des Personalkostenzuschusses bei den Fraktionszuwendungen (Anpassung aufgrund Ratsbeschluss) sowie die im April zu erwartende Erhöhung der Aufwandsentschädigung (Gesetzeslage, geschätzt 2%). Dies bedeutet für 2012 eine Erhöhung um rd. 12.000 € und für 2013 um rd. 19.000 €. Außerdem wurden die Verfügungsmittel des Bürgermeisters um rd. 4.000 € erhöht.

2 Investiver Bereich

nicht erforderlich

Produktgruppe 001.105 Informationstechnologie und Logistik

Fundstelle: Haushaltsplanentwurf S. 115 ff.

1 Konsumentiver Bereich

1.1 Allgemeine Erläuterungen

Diese Produktgruppe 001.105 beinhaltet folgende Produkte:

001.105.010 Logistik und 001.105.020 Informationstechnologie

Die Informationstechnologie umfasst die IT-spezifischen Aufgabenbereiche der Konzeptionsplanung, deren Umsetzung, Beschaffung, Verwaltung und Installation der Hard- und Software und aller Komponenten des gesamten städtischen Netzes sowie die Betreuung der eingerichteten IT-Arbeitsplätze.

Das Produkt Logistik befasst sich mit den Aufgaben der allgemeinen Beschaffung und den Servicebereichen Druckerei, Poststelle und Telefonzentrale.

1.1.1 Zu den regulären Haushaltszielen und zielbezogenen Kennzahlen

a) E-Government-Konzept, Konzepterstellung und laufende Fortschreibung

Die in 2011 angekündigte Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie hinsichtlich eines einheitlichen Ansprechpartners für Dienstleistende ist erfolgt. Im Internet allgemein zugänglich sind zwischenzeitlich die unter der Federführung und Firmierung des Rheinisch-Bergischen Kreises veröffentlichten Informationen zur Thematik „Der einheitliche Ansprechpartner (EAP)“. In Zeiten einer prekären Haushaltssituation wird die Verwaltung Schritte zur Einführung des E-Governments ergreifen, wenn der Nutzen nachgewiesen werden kann oder gesetzliche Anforderungen umgesetzt werden müssen. Die Schnelligkeit der Informationstechnik erfordert, dass ein generelles Konzept hierzu ständig fortgeschrieben werden muss. Die Aufstellung eines Grobkonzeptes wird bis Mitte 2012 angestrebt.

b) Aufstellung eines Konzeptes zum Druck-Output-Management

Mit der Zielsetzung eine verwaltungsweite Konsolidierung der Druckerlandschaft, des Outputs und des Materialverbrauchs ohne Qualitätsverlust zu realisieren, wurde 2011 eine Ist-Analyse vorgenommen. Bevor weitere konkrete Teilschritte benannt werden können, müssen die Ergebnisse von 2011 ausgewertet werden.

1.1.2 Zu den Finanzdaten

Privatrechtliche Leistungsentgelte (Zeile 5)

Die Erhöhung des Betrages ergibt sich aus Erstattungen und einer neuen Zuordnung bzw. Verteilung der Sach- und Gemeinkostenerstattungen (hier Sachkosten der Büroarbeitsplätze und IT-Kosten) des Stadtentwicklungsbetriebes Bergisch Gladbach AöR.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 13)

Unter die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen fallen Ersatzbeschaffungen und Unterhaltung von Einrichtungsgegenständen und Druckereimaschinen, sowie die KFZ-Unterhaltung. Außerdem Wartungsverträge für Software, Anschaffung von IT-Kleinteilen, externe Dienstleistungen und Zuweisungen an die Zweckverbände.

Die Zuweisungen an die Zweckverbände KDVZCitKomm Iserlohn und KRZ Minden-Ravensberg für die Nutzung zahlreicher Verfahren erfolgte bis zum Haushaltsjahr 2011 unter Transferaufwendungen (Zeile 15). Der Aufwand liegt unverändert bei 910.000,- €. Ursprünglich war vorgesehen, noch in 2011 dem Fachbereich 5 ein mit KDVZCitkomm und Prosoz neu entwickeltes Verfahren zur Verfügung zu stellen. Aus zwingenden vergaberechtlichen Gründen verzögerte sich die Realisierung. Nach den ursprünglichen Planungen, die mit der KDVZ Citkomm angestrengt wurden, musste mit einem Mitteleinsatz von ca. 500.000 Euro für eine angestrebte Vertragslaufzeit von 5 Jahren gerechnet werden. Zur grundsätzlichen Mittelbereitstellung wurde der Haushaltsansatz daher linear um jährlich 100.000 Euro erhöht.

Nach der Entscheidung, eine geeignete Software in einem europaweitem Ausschreibungsverfahren auszuwählen, liegen nach dem Projektfortschritt derzeit zwei Angebo-

te vor. Daraufhin wurde der erforderliche jährliche Mitteleinsatz konkretisiert und in die Veränderungsliste eingebracht.

Nach derzeitigem Kenntnisstand kann mit einem Vertragsabschluss noch im 1. Halbjahr 2012 gerechnet werden. Daher wird der vollständige Mitteleinsatz in diesem Haushaltsjahr nicht mehr erforderlich werden. Da die Planungen eine externe Fachadministration durch den Anbieter in den ersten zwei Jahren der Vertragslaufzeit vorsieht, ist mit einem erhöhten Mitteleinsatz während dieser ersten zwei Jahre zu rechnen, während die Kosten in den letzten drei Jahren der Vertragslaufzeit geringer als geplant ausfallen werden.

Weitere Veränderungen gegenüber dem Vorjahr erklären sich durch die Umstellung auf ein digitales Drucksystem und damit der Einsparung von 6.000,- € an Unterhaltungsaufwand für die Maschinen der Hausdruckerei. Auch die Kosten für die Reparatur von Gebrauchsgegenständen konnte gesenkt werden (-2.800,- €). Gestiegen ist der Aufwand für Softwarepflege durch das GIS-Projekt, während die Kosten für die Fortführung des Projektes D 115 deutlich geringer ausfallen als in der Planung 2011. Diese beiden Punkte zusammengenommen ergeben nochmals eine Senkung des Aufwandes für Sach- und Dienstleistungen um rd. 24.000,- €.

Sonstige ordentliche Aufwendungen (Zeile 16)

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen beinhalten Mieten für Verwaltungsgebäude, Mieten für Parkplatz und Multifunktionsgeräte, Telefonkosten, Büromaterial und Porto sowie Leasingkosten für Hardware, Aufwendungen für Daten- und Telefonleitungen und Verbrauchsmaterialien für Drucker.

Einen erheblichen Anteil an den Aufwendungen haben die Mieten an den Immobilienbetrieb für die Büroraumnutzung (überw. Rathäuser, Stadthäuser, Bürogebäude Hauptstraße 192) in Höhe von 1.405.565,- €.

Enthalten sind in den Anmeldungen für 2012 die Planungskosten für eine neue Telefonanlage ab 2014 in Höhe von 20.000,- €.

Gegenüber dem Vorjahr konnte der Aufwand für Büromaterial (- 4.770,- €), die Leasingkosten für Hardware (- 32.521,- €) und der Aufwand für Leitungsgebühren (- 4.000,- €) gesenkt werden.

1.2 Erläuterungen zur Änderungsliste

Hinweis 1: Die Einführung der neuen Jugendamtssoftware erfolgt erst im Laufe des Jahres 2012, daher fallen die Aufwendungen für dieses Jahr geringer aus. Die Änderungen in den Folgejahren beruhen auf der unter 1.1.2 erläuterten Konkretisierung der Mittelplanung.

2 Investiver Bereich

2.1 Allgemeine Erläuterungen zum Haushaltsentwurf

Für Investitionen in dieser Produktgruppe wurden insgesamt 368.000,- € veranschlagt. Die Summe verteilt sich auf Softwarelizenzen (Zeile 29), technische Geräte und Möbel (Zeile 26) sowie Aus- und Umbaukosten (Zeile 25).

Dabei entfällt der größte Teil mit 230.000,- € auf Immaterielle Wirtschaftsgüter / Softwarelizenzen (I 10528001 - 7821000). In 2012 sind u. a. folgende Maßnahmen geplant:

- Umstellung bzw. Update der Bürokommunikationssoftware Lotus Notes (ca. 80.000,- €)
- Ablösung des Betriebssystems Windows XP durch Windows 7 (ca. 30.000,- €)

- Einrichtung technikunterstützter Heimarbeitsarbeitsplätze (30 Plätze in der Einführungsphase 2012 ca. 20.000,- €)
- Ablösung der Standesamtssoftware OpenElvis durch Autista (bedingt durch Firmenzusammenschluss) und
- Einführung des elektronischen Personenstandsregister (ePR) im Standesamt (zusammen ca. 20.000,- €)

Darüber hinaus stehen noch weitere notwendige Lizenzveränderungen bei den Fachanwendungen bzw. neue Verfahren - z. B. WohngeldPlus bei 2-64 und die Ablösung MIS Alea durch KosY im FB 2 an.

Die Ersatzbeschaffungen der Einrichtungsgegenstände, die im Festwertverfahren bewertet sind, wurden bisher auf einem Aufwandskonto (unter Zeile 13 im Teilergebnisplan - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und einem Finanzkonto im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit veranschlagt. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass diese Veranschlagung in Bezug auf das Finanzkonto nicht korrekt ist. Anstelle eines Finanzkontos aus dem Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit muss ein Finanzkonto im investiven Bereich beplant werden. Daher sind die Ersatzbeschaffungen nun (wie bisher) auf einem Aufwandskonto und (neu) auf einem investiven Finanzkonto veranschlagt (enthalten im Teilplan Investitionstätigkeit, Zeile 26 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Vermögensgegenständen).

Für die Aus- und Umbaukosten (I 10525001 – 7853000) sind 50.000,- € geplant, da die notwendigen Nachbesserungen der IT-Sicherheit in den Serverräumen von einem beauftragten Ingenieurbüro per Gutachten aufgezeigt werden. Auch die Übertragung der noch vorhandenen Restmittel von 2011 nach 2012 wurde beantragt.

Produktgruppe 001.110 Organisations- und Personalmanagement

Fundstelle: Haushaltsplanentwurf S. 123 ff.
Haushaltssicherungskonzept S. 28 f.

1 Konsumtiver Bereich

1.1 Allgemeine Erläuterungen

Diese Produktgruppe wird geprägt vom Personalaufwand, wobei darauf hinzuweisen ist, dass hier auch ein großer Anteil an gesamtstädtischem Personalaufwand (z.B. Auszubildende, Personalreserve, Beamtenversorgung, Freizeitphasen der Altersteilzeitverträge, abgeordnete Personen, sowie der Aufwand für Fortbildung, Reisekosten, arbeitsmedizinischen Dienst usw.) enthalten ist.

1.1.1 Zu den regulären Haushaltszielen und zielbezogenen Kennzahlen nicht erforderlich

1.1.2 Zu den Finanzdaten

Privatrechtliche Leistungsentgelte (Zeile 5)

Änderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich durch den zum Jahr 2011 gegründeten Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR. Die Personen, die in die AöR abgeordnet wurden, werden nun in der Produktgruppe 001.110 geführt und erhöhen damit die Personalaufwendungen. Gleichzeitig wurde aber unter Privatrechtliche Leistungsentgelte ein Erstattungskonto gebildet (+475.600,- €), sodass sich hier zusätzli-

cher Aufwand und Ertrag im Ergebnis neutralisiert.
Ebenso ergeben sich Abweichungen durch Personalveränderungen und damit auch veränderte Erstattungen aus anderen Bereichen (z. B. Jobcenter, GL Service gGmbH).

Sonstige ordentliche Erträge (Zeile 7)

Änderungen gegenüber 2011 ergeben sich dadurch, dass erstmalig in 2012 Personal-kostenrückstellungen für Urlaub und Überstunden veranschlagt worden sind. In den Vorjahren erfolgte die Mittelbereitstellung außerplanmäßig. In der Zeile 11 Personal-aufwendungen erhöhen diese Rückstellungen den Aufwand um rd. 2,2 Mio €. Dem steht in „Sonstige ordentliche Erträge“ die Summe von rd. 1,9 Mio € durch die Herab-setzung/Auflösung von Rückstellungen gegenüber. Diese Rückstellungen sind gesamt-städtischer Personalaufwand, der nicht auf die Produktgruppen verteilt wird.

Außerdem werden erhöhte Entnahmen aus den Beihilfe-, Pensions- und ATZ-Rück-stellungen erwartet.

Personalaufwendungen (Zeile 11)

Wie schon oben erwähnt, erfolgte durch die erstmalige Berücksichtigung der Aufwen-dungen für Urlaubs- und Überstundenrückstellungen und die Übernahme des Perso-nals des Stadtentwicklungsbetriebes Bergisch Glabach AöR in den städtischen Haus-halt (bisher Immobilienbetrieb, Haushalt 102) die Steigerung der Personalaufwendun-gen. Erhöhungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich außerdem im Bereich der Bei-hilfe durch die Einführung einer neuen Gebührenordnung für Zahnärzte und unerwar-tet erhöhte Krankenkosten.

Versorgungsaufwendungen (Zeile 12)

Unter den Versorgungsaufwendungen sind sowohl die Versorgungsaufwendungen für die Beamten als auch die Beihilfen für die Versorgungsempfänger enthalten. Die Kon-ten sind nicht beeinflussbar. Die Berechnungen des Aufwandes für die Versorgung werden auf Grundlage der Berechnungen der Rheinischen Versorgungskasse ermittelt. Die von der Rheinischen Versorgungskasse empfohlene 3,5%ige Steigerung wurde ab dem Jahr 2013 veranschlagt. Im Bereich der Beihilfe wird durch die Zunahme der Versorgungsempfänger und die Einführung einer neuen Gebührenordnung für Zahn-ärzte mit einem erhöhten Versorgungsaufwand gerechnet.

2 Investiver Bereich nicht erforderlich

Produktgruppe 002.120 Statistische Angelegenheiten **Fundstelle: Haushaltsplanentwurf S. 113 ff.**

1 Konsumtiver Bereich

1.1 Allgemeine Erläuterungen

Die Produktgruppe Statistische Angelegenheiten ist die zentrale Stelle zur Gewin-nung, Aufbereitung und Analyse von Daten der Stadt. Dazu gehören auch Bürger- und Kundenbefragungen.

2 Investiver Bereich nicht erforderlich

Produktgruppe 001.090 Personalvertretung
Fundstelle: Haushaltsplanentwurf S. 57 ff.

1 Konsumtiver Bereich

1.1 Allgemeine Erläuterungen

Dargestellt sind die Aufwendungen für den Personalrat.

2 Investiver Bereich

nicht erforderlich

Anlagen: Änderungsliste Produktgruppe 001.105
Haushaltsziele 2012/2013 für den FB 1, BM-13, BM-2, VV-10
Haushaltsziele HSK 2012/2013 für den FB 1, BM-1, BM-2, BM-13, VV-10
Haushaltsziele 2012/2013 für VV II